

Drucksache Nr.: 146/2016

Dezernat I

Federführend: Abteilung Finanzen

Anlagen:

Az.: 140-ul

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Stadtrat	19.05.2016	Ö	zur Beschlussfassung

Verabschiedung einer Resolution an den Bundesrat im Rahmen des Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte"

Resolution:

Der Stadtrat der Stadt Neustadt an der Weinstraße appelliert an Herrn Bundesratspräsidenten Stanislaw Tillich und die Damen und Herren Ministerpräsidenten der Länder, vor allem an Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer, zeitnah im Deutschen Bundesrat eine öffentliche Plenardebatte zur nicht mehr gegebenen Gleichheit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und den um ihre kommunalpolitische Gestaltungsfähigkeit kämpfenden Kommunen in großer Finanznot anzuberaumen.

Verwiesen wird auf das Beispiel des Deutschen Bundestages, dessen Fraktionen dem Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" eine derartige Plenardebatte im Februar 2015 zugesagt, Wort gehalten und am 24. September 2015 geführt hatten. Dem muss jetzt eine Debatte im Deutschen Bundesrat folgen.

Begründung:

Dem auf Zeit geschlossenen, parteiübergreifenden Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" gehört auch die Stadt Neustadt an der Weinstraße an. Derzeit sind bundesweit 68 Kommunen darin vertreten.

Das Bündnis macht sich die Forderung der finanzschwachen Kommunen nach einer grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems durch eine politische Initiative noch in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zu eigen und bittet die Parlamentarier aller politischen Ebenen, sowohl in der Ausübung ihres Mandates als auch innerhalb ihrer jeweiligen Parteigremien dafür zu werben, dass die den Kommunen seit Jahrzehnten versprochene aber nie verwirklichte Neuordnung endlich kommt.

Der Stadtrat der Stadt Neustadt an der Weinstraße bekennt sich ausdrücklich zur Umsetzung eigener Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen wie mit dem Beschluss des Haushaltskonsolidierungskonzeptes im Januar 2016 dokumentiert wurde. Aber nachweislich kann die Stadt insbesondere durch die nicht gegenfinanzierten Kosten im Sozialbereich ihre finanziellen Probleme aus eigener Kraft heraus nicht lösen und schließt sich deshalb der Forderung des Aktionsbündnisses nach weiterer finanzieller Bundes- und Landesunterstützung als Hilfe zur Selbsthilfe an.

Der Stadtrat beschließt diese Resolution nicht in der Haltung eines Bittstellers. Denn wie überall in den finanzschwachen Kommunen ist die Finanznot auch hier zum größten Teil eine Folge von Gesetzen, die Bund und Länder über Jahrzehnte den Kommunen ohne aus-

reichende Gegenfinanzierung übertragen haben.

Zur dringend notwendigen Neuordnung des Finanzsystems gehört zwingend eine politische Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zum Abbau von Altschulden unter Mitwirkung der Kommunalen Spitzenverbände.

Wer die Kommunen im Ringen um die Wiedergewinnung kommunaler Gestaltungsfähigkeit unterstützt, sichert den ansonsten gefährdeten sozialen Frieden und damit unsere Gesellschaftsordnung. Die Bewältigung sozialer Herausforderungen – so auch die aktuelle Unterbringung von Flüchtlingen - gelingt in Deutschland nur dank seiner Kommunen und deren ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Dabei haben die finanzschwachen Kommunen ebenso viel geleistet wie die sogenannten reichen Kommunen. Deshalb fordern wir dazu eine öffentliche Plenardebatte im Deutschen Bundesrat.

Zur weiteren Begründung dieser Resolution wird zusätzlich auf die "Berliner Erklärung" vom 23. September 2015 verwiesen, die das Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" am Vortag des Plenardebatte des Deutschen Bundestages beschlossen hatte. Sie ist höchst aktuell - auch für den Deutschen Bundesrat und in der Anlage beigefügt.

Neustadt an der Weinstraße, 04.05.2016

Oberbürgermeister